UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

www.UOKG.de
Info@uokg.de

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrevorsitzende:
Gerhard Finn, Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Presseerklärung

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

16. Juni 2013

Dachverband der Kommunismus-Opfer zum 60. Jahrestag des Volksaufstands von 17. Juni

„Soziale Lage der Opfer verbessern – 17. Juni muss wieder Feiertag werden“

Zum Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 äußerte sich, Rainer Wagner, Bundesvorsitzender des Dachverbands der Kommunismus-Opfer, wie folgt:

„Wir freuen uns über die Fülle der Feierlichkeiten zum Gedenktag des 17. Juni 1953. Doch wir müssen aufpassen, dass das offizielle Gedenken an die Opfer der kommunistischen Diktatur nicht zum Selbstzweck verkommt:

Denn die soziale Lage vieler SED-Opfer ist heute verheerend. Die Zerstörung der Seelen durch Folter und Unterdrückung hat dazu geführt dass viele Opfer wirtschaftlich keinen Fuß mehr auf den Boden bringen konnten.

Während die Mitläufer und die Systemträger der DDR heute saftige Renten kassieren, ist Armut für einen Großteil der Opfer nicht nur ein Begriff, sondern bittere Realität.

Wir fordern daher alle Verantwortlichen dazu auf, den Festtagsreden Taten folgen zu lassen. Die soziale Lage der Opfer muss dringend verbessert werden.

Zu den Feierlichkeiten selbst äußert sich Wagner wie folgt:

„Der 17. Juni 1953 war eine Sternstunde der deutschen Geschichte, welcher heute nicht den Platz im Bewusstsein der Bevölkerung genießt, welchen er verdient.

Zwar wird heute dem Platz vor dem Bundesfinanzministerium der Name „Platz des Volksaufstands von 1953“ gegeben. Das ist eine große Geste, welche uns mit großer Freude erfüllt.

Nach Jahren des Ringens der Opferverbände mit den Behörden werden nun endlich die Helden des 17. Juni an authentischer Stelle angemessen gewürdigt.

Wir möchten hiermit allen Verantwortlichen in BMF, Senat und Bezirk unseren Dank aussprechen, dass sie sich unser Anliegen zu Eigen gemacht haben.

Doch um der Bedeutung des Tages gerecht zu werden, bedarf es mehr. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Forderung von Roland Jahn, den 17. Juni wieder zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen.

Denn mit dem Gedenken an die Opfer des kommunistischen Regimes ist es heute insgesamt nicht zum Besten bestellt. So ist es enttäuschend, dass der Bezirk Mitte sich nicht dazu durchringen konnte, die Zimmerstraße, in Peter Fechter Straße umzubenennen, welcher dort, nach Schüssen von DDR-Grenzsoldaten, elendig verblutet war.“

Ansprechpartner: UOKG-Geschäftsstelle, 030 / 55 77 93 51 oder 0171 / 92 49 711